

Zur Problematik indische-amerikanischer Sicherheitszusammenarbeit

Militärische Selbstsicherheit und Selbstgenügsamkeit abseits jeglicher Ausrichtung auf eine der beiden Supermächte können als Grundzüge indischer Außen- und Sicherheitspolitik seit der Unabhängigkeit angesehen werden. Dementsprechend liegt der Hauptkonfliktstoff in den Beziehungen beider Länder in dem Versuch der USA, Indien zu einem Satellitenstaat zu machen bzw. Indiens Aufstieg zu einem unabhängigen Machtzentrum zu überwachen.

Sicherlich unterscheiden sich die strategischen Interessen beider Staaten in wesentlichen Punkten. Grund dafür sind weniger die tiefgreifenden Verschiedenartigkeiten beider Kulturen, Wertesysteme oder nationale Eigenheiten, als vielmehr die unterschiedlichen Stellungen in der internationalen Hierarchie sowie divergierende Strategien im Rahmen der internationalen Politik. Im Gegensatz zu Indien verfolgen die USA in ihrer Rolle als führender Architekt bilateraler und multilateraler Zusammenschlüsse auf internationaler Ebene eine Politik der Einbindung möglichst vieler Staaten in ihr außenpolitisches Konzept. Indien hat sich demgegenüber immer zu einer Politik der Blockfreiheit bekannt. Einen Eindruck, wie sehr - parallel dazu - die jeweiligen Strategien der beiden Weltmächte hinsichtlich der Unterstützung indischer Politik divergieren, bekommt man, wenn man sich einmal einen Überblick über die Waffenexportpolitik beider Supermächte verschafft. Die Auffassung der Vereinigten Staaten, alleine nicht die Verteidigung der Interessen der 'Freien Welt' garantieren zu können, mündete in einem Richtlinienpapier der Reagan-Administration vom Juli 1981 in der Forderung, die USA müßten über die Aufstockung ihrer eigenen Militärkapazität hinaus in der Lage sein, Freunden und Verbündeten durch den Transfer konventioneller Waffen und durch andere Formen der Militärhilfe unter die Arme zu greifen. Waffenexporte dieser Art, so das Papier, gehörten nun einmal zu den amerikanischen Sicherheitsverpflichtungen und dienten somit den Zielen der USA. Aus Sicht der Regierung trägt der Transfer konventionellen Kriegsgerätes in entscheidendem Maße zur Stellung der USA bei und bildet somit eine unverrückbare Komponente der Außen- und Sicherheitspolitik.

Wie ein roter Faden

Die durch die US-amerikanische Sicherheitspolitik entstandenen Hemmnisse in den Beziehungen zu Indien zogen sich in der Vergangenheit wie ein roter Faden durch die Konzeption der indischen Verteidigungspolitik. Folgende Faktoren seien an dieser Stelle zur Unterstützung dieser These angeführt: Sprachen die Inder in der Vergangenheit von ihren Freunden, so meinten sie lange Jahre eher die Sowjetunion als die Vereinigten Staaten. Moskau unterstützte nicht nur den allgemeinen politischen Kurs Indiens einschließlich

seiner Wirtschafts- und Verteidigungsprogramme, sondern half den Indern - im Gegensatz zu den USA - auch mit grundlegender militärischer Beratung, und schuf so zu einer Zeit, in der die amerikanische Linie eher zu einer Ignorierung und Verunglimpfung Indiens tendierte, den Eindruck, als akzeptiere es Indiens Rolle als bedeutender Staat Südasiens.

Washington verfolgte derweil eine Politik, deren Richtung gerade in Bezug auf die Programme zur Stabilisierung der Sicherheit Pakistans und zur Eindämmung weiterer nuklearer Expansion eher auf einen Eingriff in indische Sicherheitsinteressen und auf eine Einschränkung der Bestrebungen Indiens, eine Vormachtstellung in Südasien zu erlangen, abzielten. Deshalb verwundert es nicht, wenn die Verteidigungspolitik New Delhis in den letzten zwei Jahrzehnten in entscheidendem Maße auf das Fundament indisch-sowjetischer Rüstungskooperation gestellt wurde. Zwar wirkte sich diese Zusammenarbeit nicht auf sämtliche Waffensysteme der indischen Streitkräfte aus, jedoch zeigte sich ihre Auswirkung gerade bei der Basisausstattung der Armee. Moskau lieferte u.a. Panzer des Typs J-54 sowie PT-76, half mit der Lizenz zur Herstellung von MIG-21 Abfangjägern sowie mit dem Verkauf von Sukhoi-78 Kampfbombern an die Luftwaffe und der Lieferung von Raketenbooten, U-Booten der F-Klasse und Zerstörern der Kashin-Klasse an die Marine.

Faktoren für Umorientierung

Erst die neuen weltweiten und regionalen politischen Konstellationen ließen in Indien den Wunsch nach einer Verschiebung der militärischen Zusammenarbeit zugunsten der USA entstehen. Diese Umorientierung resultierte aus einer Reihe von Faktoren.

- Sowohl auf regionalem Gebiet in den Beziehungen zwischen Indien, Pakistan und China, als auch auf globaler Ebene im Verhältnis der USA, UdSSR und China zueinander zeichnete sich eine grundlegend andere Qualität ab. Dies brachte eine bedeutende Verbesserung der Beziehungen zwischen Indien und seinen traditionellen Widersachern zu Beginn der 80er Jahre mit sich. Damit ging eine spürbare Einschränkung der militärischen Kooperationsvorhaben zwischen China und den USA einher. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf zahlreiche Differenzen bezüglich Taiwan und auf das kategorische 'Nein' der Amerikaner zum Transfer hochentwickelter Rüstungstechnologie in die Volksrepublik zurückzuführen. Es sei dahingestellt ob allein diese oder auch andere Gründe ausschlaggebend für den Entschluß Pekings waren, die militärischen Bande zu den Vereinigten Staaten zu lockern und eine stärkere Bindung an Moskau zu suchen.

- Indien versucht heute mehr denn je, hochentwickelte

Waffensysteme in Zusammenarbeit mit Herstellern aus Übersee auf Lizenzbasis im eigenen Land zu fertigen. Der allgemeine Trend hin zu "joint ventures" in der zivilen Industrie weist den Weg zu einer Ausweitung dieser Vorgehensweise auch im Bereich der Rüstungsindustrie. Allerdings ermöglichte erst die Schaffung einer lebensfähigen Infrastruktur in den Bereichen Wirtschaft, Technologie und Management, die für die Herstellung hochentwickelter Waffensysteme unbedingt notwendig ist, die Voraussetzungen für den Transfer fortschrittlicher Rüstungstechnologie nach Indien. Die indisch-amerikanische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich erwies sich als fördernder Faktor sowohl im Hinblick auf die Wirtschaftsbeziehungen beider Staaten als auch bezüglich der Sicherheit beider Staaten in der Region.

- Auf dem Gebiet der indisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen zeichnet sich seit den späten 70er Jahren ein enormer Zuwachs ab. In Indien siedeln sich zunehmend sogenannte 'joint-venture-Industrien' an, die von indischen und amerikanischen Firmen getragen werden. Auslöser dieser Entwicklung sind die verstärkten Investitionsanreize für den privaten Sektor von Seiten der indischen Regierung. Ziel der verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist, so scheint es, einen höheren Stand gegenseitiger ökonomischer Abhängigkeit zu erreichen. Erfahrungsgemäß folgt einer solchen Entwicklung die Anerkennung sich wandelnder Sicherheitsbedürfnisse, wie dies zum Beispiel auch im Falle der militärischen Beziehungen zwischen den USA, Westeuropa und Japan zutage tritt. Vor allzu schnellen Vergleichen sei allerdings gewarnt: Die engen militärischen Bindungen zwischen den Vereinigten Staaten und Indien werden sich, wenn es einmal soweit kommen sollte, in mehreren Aspekten von der Sicherheitszusammenarbeit der USA mit anderen Staaten unterscheiden. Nach wie vor existieren grundlegende Unterschiede zwischen beiden Staaten bezüglich der Einschätzung globaler und regionaler Krisenherde sowie der angemessenen politischen und militärischen Vorgehensweisen. So bestehen die Inder darauf, daß Washington auf allen Gebieten der Kooperation auf die Doktrin der Eindämmung des Kommunismus - ob als Ideologie im allgemeinen Sinn oder in der speziellen Erscheinungsform der Sowjetunion - verzichtet. Der politische Rahmen, in dem sich die indisch-amerikanische Zusammenarbeit vollzieht, ist nicht die Konfrontation zwischen Ost und West, sondern vielmehr die Kooperation von Nord und Süd. Desweiteren müssen die militärischen Bindungen nach und nach wachsen, und zwar auf dem Nährboden der Wirtschaftsbeziehungen. Hier liegt ein wesentlicher Unterschied zu den Wurzeln der US-amerikanischen Kontakte zu Japan, Südkorea, Taiwan und anderen Staaten, wo die Wirtschaftsbeziehungen in der Regel eine "Nachgeburt" von militärischen Schulterschlüssen in gemeinsam empfundenen Bedrohungssituationen zu sein pflegten.

Die Beziehungen müssen auf dem Boden des von Indien propagierten Sicherheitskonzeptes geplant werden, zumal eine beide Staaten gleichermaßen tangierende

Bedrohungssituation, die den Gedanken an eine militärische Allianz beider Staaten nähren würde, derzeit nicht auszumachen ist. Dieses Konzept sieht den eigentlichen Zweck einer amerikanischen Politik in dieser Region in der Unterstützung einer regionalen Wirtschaftszusammenarbeit auf der Basis amerikanischer Partizipation und somit in der Aussicht auf politische Sicherheit und Stabilität.

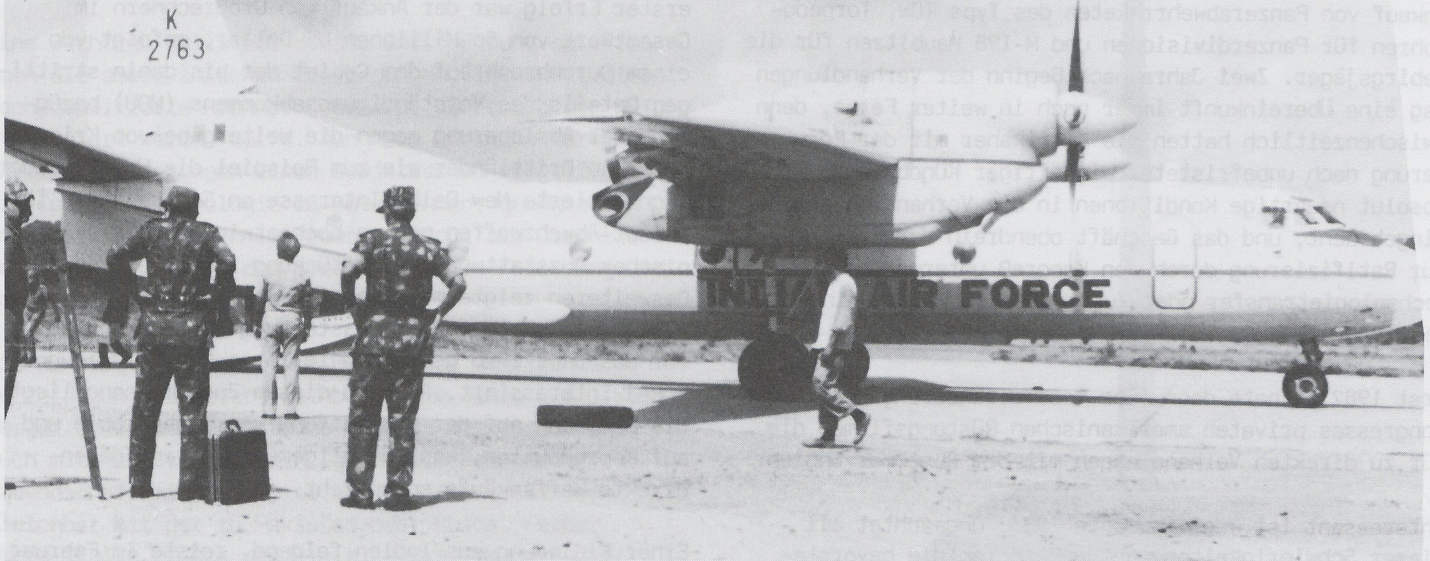
Persischer Golf

Die Reagan-Administration maß nach ihrem Amtsantritt im Jahre 1981 der Erneuerung der Sicherheitsbeziehungen zu Pakistan infolge der sowjetischen Besetzung Afghanistans erstrangige Bedeutung zu. Zu beiden Staaten hegte man in Washington enge Freundschaft, wobei die Absicht der Amerikaner im Falle Pakistans auf eine unverzügliche Unterstützung der afghanischen Widerstandsbewegung hinauslief. Desweiteren ging es Washington darum, auf lange Sicht eine zuverlässige Freundschaft zu einem Staat aufzubauen, der über seine geographische Nähe zu den Ölvorkommen des Persischen Golfs hinaus auch enge Beziehungen zu den Staaten der Arabischen Halbinsel pflegt. Das Interesse der Vereinigten Staaten Indien gegenüber resultiert dagegen eher aus der sich abzeichnenden militärischen Stärke Indiens im Falle der kontinuierlichen Fortführung des Aufbaus seiner Streitkräfte.

In diesem Zusammenhang ist auch die von höchster Stelle in Washington abgesegnete Entscheidung für eine Verbesserung der Beziehungen zu Indien durch die Gewährung weitgehender Autonomie in der Rüstungsproduktion zu sehen, wobei Washington nicht allein auf New Delhis guten Willen sondern vielmehr auch auf eine Reduzierung der Vormachtstellung abzielt, die die Sowjetunion als wichtigster Lieferant von Rüstungstechnologie an Indien bislang einnimmt.

Besonders deutlich werden die Probleme beim Aufbau militärischer Beziehungen zu den USA und Washingtons Angst vor Waffenverkäufen an Indien - in diesem Punkt könnte auch der Kongreß zu einer Vereinfachung beitragen - an folgendem Beispiel: Indisch-amerikanische Verhandlungen und sogar eine vorläufige Übereinkunft über die Lieferung von Artilleriewaffen in einer Größenordnung von 1 Milliarde Dollar im Jahre 1982-83 führten letztendlich zu keinem Ergebnis. Bedingungen, wie zum Beispiel der Vorbehalt der Sperrung einzelner Lieferungen unter bestimmten Umständen sowie der Widerstand der Amerikaner gegen die Bereitstellung von technologischem Know-How wurden von der Regierung in New Delhi als unannehmbar zurückgewiesen. In diesem Zusammenhang paßt auch die Äußerung des amerikanischen Unterstaatssekretärs für Sicherheitsunterstützung, William Schneider, vom April 1983, daß die Gefahr der Weiterleitung an Moskau die Lieferung von US-Waffentechnologie nach Indien absolut unmöglich mache. Ohne gemeinsame strategische Interessen, so läßt sich schließen, wird es keinen Transfer von Militärtechnologie nach Indien geben.

Festgeschrieben ist, daß "die arabische Halbinsel zu



Militärisches Gerät aus der UdSSR kommt auch in Sri Lanka zum Einsatz. Hier Antonov Truppentransporter der 'Indian Airforce'. (Foto: Walter Keller)

den am meisten das wirtschaftliche und politische Überleben der USA und ihrer Verbündeten gefährdenden Regionen der Welt" zu zählen sei. Die strategische Bedeutung des Arabischen Meeres impliziert in diesem Kontext eine Einbeziehung der indischen Marinekapazitäten, schließlich sind die angesprochenen Seegebiete immerhin 11.000 Meilen von der amerikanischen Küste entfernt, was einer Seereise von 20 Tagen entspricht. Dazu Fred Ikle, Unterstaatssekretär im Pentagon: "Indien könnte mit seinem Einfluß zur weltweiten Stabilität im Sinne der Vereinigten Staaten beitragen und zusammen mit anderen exponierten Staaten einen möglichen Partner zur langfristigen Erfüllung amerikanischer Sicherheitsinteressen darstellen. Hierin liegt eine herausragende Dimension und eine neue Qualität der indisch-amerikanischen Beziehungen."

Regionales Zugpferd

Ähnliches war auch von Richard Armitage, als Assistent des Verteidigungsministers für Fragen der internationalen Sicherheit zuständig, während einer Besprechung im Vorfeld des Weinberger-Besuches in Indien zu hören. Armitage ließ verlauten, in Washington sehe man Indien als regionales Zugpferd und als kommende Weltmacht. Dieser Einschätzung folgte im Oktober 1984 der Nationale Sicherheitsrat der USA mit der Entscheidungsanweisung (NSCC) Nr. 147 an alle beteiligten Stellen, der außerordentliche Bedeutung besserer Beziehungen zu Indien durch eine Anpassung der indischen Nachfrage an die Exportkontrollen Rechnung zu tragen. Noch im gleichen Monat fanden die bereits einige Zeit zuvor in Angriff genommenen Verhandlungen beider Regierungen über ein Verständigungsmemorandum (MOU) mit der Unterzeichnung des Papiers in New Delhi ihren Abschluß. Sichtbare Erfolge dieser Verständigung ließen, als Folge unannehmbarer amerikanischer Forderungen, wie

zum Beispiel der Vor-Ort-Inspektionen zur Sicherheit vor einem Technologietransfer seitens der Indier an die Sowjetunion, noch bis zum Mai 1985 auf sich warten. Bei einem Besuch im Mai 1985 konnte sich Handelsminister Malcolm Baldrige dann überzeugen, daß durch die zwischenstaatlichen Vereinbarungen eine namentliche Nennung der Endverbraucher sowie die Bindung jedes Technologie-Einsatzes an Einzelgenehmigungen gewährleistet seien.

Das Verständigungsmemorandum erstreckte sich nicht auf sensible militärische und nuklearwaffenfähige Ausrüstung. Dennoch brachten die nach wie vor umfangreichen Beziehungen zwischen der UdSSR und Indien die Regierung in New Delhi bei der Suche nach Lizenzen in arge Bedrängnis. Indiens Ankäufe wurden jeweils einer Einzelprüfung unterzogen, was Verzögerungen selbst in Bereichen weniger sensibler Technologien nach sich zog. An dieser Stelle wären die Bereiche Computer, Kommunikationstechnik, Instrumentation und die Herstellung von verschiedensten Legierungen zu nennen.

Ungeachtet mangelnder Fortschritte bei der Angleichung der jeweiligen Zielvorstellungen, arbeiten die USA wie Indien weiter an Transfervereinbarungen für Militärtechnologie und untergeordnete Systeme. Trotz dieser für Indien durchaus positiven Entwicklung sprach Rajiv Gandhi noch 1985 von geringem Vertrauen seiner Regierung gegenüber den Amerikanern bezüglich der Einhaltung von Vereinbarungen und der Zuverlässigkeit bei der Lieferung von Ersatzteilen. Diese Äußerung deutet auf ein Abbröckeln der indischen Zustimmung zum amerikanischen 'modus vivendi' beim Transfer von Waffen und Rüstungstechnologie und auf eine zunehmend kritische Haltung gegenüber der grundlegenden Bewaffnungsstrategie der indischen Regierung in der Vergangenheit,

bestehend aus einheimischer Produktion, Lizenzherstellung in Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen und Ankaufen aus Übersee, hin. Einen letzten Versuch der Beschaffung von Rüstungsgütern auf der Grundlage dieser Strategie bildeten die Verhandlungen der Inder zum Ankauf von Panzerabwehrraketen des Typs TOW, Torpedorohren für Panzerdivisionen und M-198 Haubitzen für die Gebirgsjäger. Zwei Jahre nach Beginn der Verhandlungen lag eine Übereinkunft immer noch in weiter Ferne, denn zwischenzeitlich hatten die Amerikaner mit der Forderung nach unbefristeter einseitiger Kündbarkeit absolut neuartige Konditionen in die Verhandlungen eingebracht, und das Geschäft obendrein der Pflicht zur Ratifizierung durch den Kongreß unterworfen. Von Technologietransfer oder Zusammenarbeit also keine Rede.

Erst 1982 öffnete dann eine Gesetzesänderung des Kongresses privaten amerikanischen Rüstungsfirmen die Tür zu direkten Verhandlungen mit dem Abnehmer Indien.

Interessant ist, daß im Jahre 1983, ungeachtet all dieser Schwierigkeiten, beide Parteien die bevorstehende Einigung über den Verkauf von Maschinengewehren, mobilen Haubitzen und C-130 Flugzeugen im Gesamtwert von etwa 1 Milliarde US-Dollar ankündigten. Senator John Glenn, vormals einer der entschiedensten Gegner von Brennstoff- und Ersatzteillieferungen für das indische Kernkraftwerk Tarapur, befürwortete im Juli 1982 vor dem amerikanischen Kongreß eine Politik, die vor dem Hintergrund der Stabilität Süd-West-Asiens der Sensibilität Indiens ein besonderes Augenmerk schenken sollte. Auf das gleiche Pferd setzte auch Senator Orrin Hatch, einflußreicher Vertreter des konservativen Flügels in der Regierungspartei, mit seinem Drängen auf die Notwendigkeit von Waffenverkäufen an Indien mit dem Ziel, eine Bresche in die indisch-sowjetischen Waffengeschäfte zu schlagen. In seinen Äußerungen hob er besonders die Erfolge verschiedener Rüstungsproduzenten bei Geschäften mit Indien hervor. Namentlich erwähnte er den Verkauf bzw. die später in Indien begonnene Lizenzproduktion von F-20 "Tiger"-Kanonen der Firma Northrop, ferner das Lockheed-Geschäft mit C-130 Transportflugzeugen sowie verschiedene Hersteller von 155 mm Gewehren, TOW Panzerabwehrraketen und modernen Maschinengewehren mittlerer Größe.

Zwischenzeitlich ließen die Amerikaner mehrere Jahre verstreichen, ohne ihrer Absichtserklärung zur Lockerung indisch-sowjetischer Rüstungskoooperation Taten folgen zu lassen. Auf indischer Seite wurde das Engagement im Rahmen der Geschäfte mit der UdSSR eher noch verstärkt. Es ergaben sich Verträge über die Lieferung von verschiedenen Ausrüstungsgütern, insbesondere von kürzlich in Dienst gestellten Flugzeugen. Diese Geschäfte liefen unter für Indien höchst vorteilhaften Bedingungen, ganz zu schweigen vom Zustandekommen einer weiteren Vereinbarung über die gemeinschaftliche Produktion von MIG-27 Bombern und T-72 Panzern.

Wende nach Gandhis Besuch

Im Jahre 1985 kam dann endlich, nach Rajiv Gandhis Besuch in Washington, Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen über einen Transfer hochentwickelter Rüstungstechnologie aus den USA nach Indien. Ein erster Erfolg war der Ankauf von Großrechnern im Gesamtwert von 50 Millionen US-Dollar, gefolgt von einem Durchbruch auf dem Gebiet der bis dahin strittigen Details des Verständigungsabkommens (MOU) bezüglich der Absicherung gegen die Weitergabe von Kriegsgeschütz an Drittländer wie zum Beispiel die UdSSR. Zudem signalisierte New Delhi Interesse an Sonargeräten für U-Boot-Abwehrwaffen und an hochentwickelter elektronischer Ausstattung zur Bestückung indischer Panzer. Desweiteren zeigte man sich von indischer Seite an rüstungstechnologischer Ausstattung für den Bau der für das Jahr 1990 geplanten leichten Kampfflugzeuge (LCA) interessiert. Auch in diesem Zusammenhang liegt die Betonung auf der Beschaffung von Technologie und auf Koproduktion, was dem allgemeinen Trend gegen direkte Waffenkäufe entspricht.

Einer Einladung aus Indien folgend, reiste im Februar 1986 ein Stab des Pentagon unter der Leitung des damaligen stellvertretenden Leiters im Ressort für Forschung und Ingenieurwesen, Talbott Lindstrom, nach Indien, um sich einen Eindruck über die Möglichkeiten des Landes bei der Verwertung von Rüstungstechnologie zu verschaffen. Hintergrund dieses Fortschritt verheißenden Besuches war die Frage nach der Seriosität der indischen Kooperationsanfrage an die amerikanische General Electrics, die genau zu diesem Zeitpunkt die Genehmigung zum Verkauf und zur Lieferung eines F-404 Triebwerkes an Indien erhalten hatte. Dieses Antriebsaggregat - von vielen als modernstes zur Massenproduktion geeignetes Triebwerk für Kampfflugzeuge gefeiert - dient unter anderem zum Antrieb der gegenwärtig im Dienst der US-Navy stehenden F-18 "Hornisse", sowie des bei Northrop gebauten F-20 "Tigersharks". Auch bei dem von Schweden als Nachfolgemodell der gegenwärtig produzierten Kampfflugzeuge geplanten JAS-39-Gripen wird dieses Triebwerk für den nötigen Schub sorgen.

Die indische Seite erklärte schriftlich ihre Absicht, bis zur Fertigstellung ihrer eigenen Triebwerksentwicklung Mitte der 90er Jahre elf Antriebsaggregate für den Einsatz in Prototypen von General Electrics zu beziehen. Dies bedeutet das Zustandekommen des ersten bedeutenden Rüstungsabkommens zwischen den USA und Indien seit dem Einfrieren amerikanischer Militärhilfe während des indisch-pakistanischen Krieges und damit den Einstieg der Amerikaner in die Verteidigungsbemühungen Indiens.

Strittiger Punkt

Nach wie vor ist der Umfang der amerikanischen Kooperationsbereitschaft - zumal abhängig von schwer vorhersehbaren politischen Entwicklungen und Entscheidungen - innerhalb des Pentagon ein strittiger Punkt. So steht denn auch dem erfolgreichen Geschäft mit General Electrics das deutliche 'Nein' hinsichtlich der Lieferung eines hochkomplizierten Computers an Indien ge-

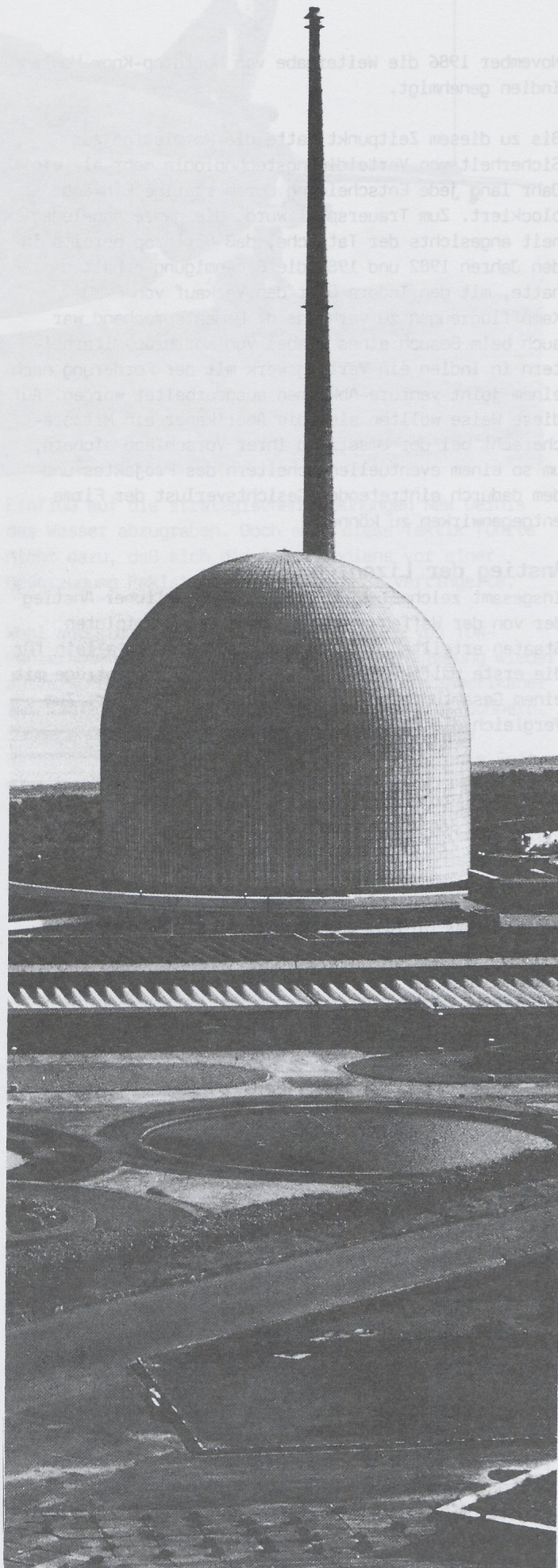
genüber. Die Amerikaner verweisen hierbei auf die mögliche Verwendung des Großrechners im Rahmen der nuklearen Forschung, Indien hingegen begründet den Bedarf mit dem Einsatz des Gerätes für meteorologische Forschungsvorhaben.

Eine wichtige Rolle bei dieser Entscheidung spielten auch die amerikanischen Überlegungen, inwieweit dieser hochkomplizierte Rechner überhaupt außerhalb der NATO stationiert werden dürfe. Auch die indische Versicherung, alles gegen einen sowjetischen Eingriff in die Computertechnologie zu unternehmen, genügte den Entscheidungsträgern im Pentagon nicht als Garantie gegen einen Einsatz des Gerätes für die Forschung und Entwicklung nuklearer Waffen.

Die Wende brachte dann der Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger im Jahre 1986. Weinberger erklärte, man strebe "sowohl mit Indien als auch mit Pakistan eine innige, feste Beziehung" an. Freundschaft mit Delhi, so der Minister, sei vergleichbar mit der zu Pakistan oder China. Ferner übermittelte er die prinzipielle Zustimmung seiner Regierung zum Verkauf eines "Supercomputers" für meteorologische Zwecke, vorausgesetzt, daß die Verantwortlichen auf indischer Seite dem Anspruch Washingtons nach lückenloser Sicherung gegen jegliche Weiterleitung an die Sowjetunion gerecht würden.

Bereits 1981 war an die Stelle einer ursprünglich geplanten Lieferung des CDC-Cyber-205 Computers, der zwischenzeitlich nach Auffassung der indischen Experten technisch überholt war, die Bereitschaft der US-Regierung zum Verkauf eines hochentwickelten Rechners vom Typ Cray XMP-14 getreten. Selbst einen zweiten Rechner dieser Art war man in Washington bereit, nach Indien zu liefern. Dem Wunsch New Delhis nach einem Cray XMP-24, nach Ansicht von Fachleuten zum damaligen Zeitpunkt das Top-Modell auf dem Markt, konnten die USA allerdings auch weiterhin nicht entsprechen. Später, im Oktober 1987, ließ Reagans Sicherheitsberater Frank Carlucci gegenüber Rajiv Gandhi durchblicken, daß Indiens jüngste Entscheidung für den Kauf eines Supercomputers sich insgesamt positiv auf den Verlauf amerikanischer Genehmigungsverfahren bei weiteren Anfragen hinsichtlich der Lieferung von Hochtechnologie auswirken könne. Im November gab dann die Regierung in Washington ihr Placet zum Ausbau des Cray XMP-14 auf die Stufe des moderneren Cray XMP-24, der dann Anfang 1988 nach Indien verschifft werden sollte. Gleichwohl ist bis dato allein das kleinere, veraltete Modell in Indien eingetroffen.

Die generelle Frage nach einer Unterstützung Indiens erlangte erneut Aktualität, als die amerikanische Firma Northrop vergeblich versuchte, bezüglich geplanter Gespräche mit New Delhi über die Erfahrungen der Firma mit der Herstellung der F-20 als billigere Alternative zur F-16, Klarheit seitens der US-Regierung zu erhalten. Erst nach einem langen Tauziehen zwischen höchsten Stellen im Außenministerium auf der einen und dem Pentagon auf der anderen Seite wurde im



November 1986 die Weitergabe von Northrop-Know-How an Indien genehmigt.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Kommission zur Sicherheit von Verteidigungstechnologie mehr als ein Jahr lang jede Entscheidung durch stetige Einwände blockiert. Zum Trauerspiel wurde die ganze Angelegenheit angesichts der Tatsache, daß Northrop bereits in den Jahren 1982 und 1983 die Genehmigung erhalten hatte, mit den Indern über den Verkauf von F-20 Kampfflugzeugen zu verhandeln. Dementsprechend war auch beim Besuch eines Stabes von Northrop-Mitarbeitern in Indien ein Vertragswerk mit der Forderung nach einem joint-venture-Abkommen ausgearbeitet worden. Auf diese Weise wollten sich die Amerikaner ein Mitspracherecht bei der Umsetzung ihrer Vorschläge sichern, um so einem eventuellen Scheitern des Projektes und dem dadurch eintretenden Gesichtungsverlust der Firma entgegenwirken zu können.

Anstieg der Lizenzen

Insgesamt zeichnet sich jedoch ein deutlicher Anstieg der von der Waffenkontrollbehörde der Vereinigten Staaten erteilten Lizenzen ab. Sie umfaßten allein für die erste Hälfte des Jahres 1986 600 Einzelanträge mit einem Gesamtumfang von 100 Millionen US-Dollar. Zum Vergleich die Zahlen der Vorjahre:

- 1985: 800 Einzelanträge, Gesamtumfang: 142 Mio. \$;
- 1984: 800 Einzelanträge, Gesamtumfang: 70 Mio. \$;
- 1983: 560 Einzelanträge, Gesamtumfang: 61 Mio. \$.

Angesichts dieser Zahlen darf jedoch nicht übersehen werden, daß infolge des Scheiterns vieler Geschäftsvorhaben das Gesamtvolumen aller Abschlüsse in den Jahren von 1979 bis 1983 laut Angaben der Rüstungskontrollabteilung des Pentagon den Wert von 40 Mio. \$ nicht überschritten hat. Dies sind, vom gesamten Warenwert ausgehend, nur 2 % der gesamten Ankäufe aus der Sowjetunion.

Der gegenwärtige Aufwärtstrend wird sich jedoch, angesichts der steigenden Bereitschaft Washingtons und aufgrund des starken Interesses auf indischer Seite, in den nächsten Jahren sicher noch verstärken. Auffallend ist in diesem Zusammenhang auch, daß in den letzten Jahren eine Vielzahl kleinerer Geschäfte, von der Öffentlichkeit nahezu unbeachtet, abgeschlossen wurden. Als Beispiel sei hier die amerikanische Entscheidung zugunsten einer Lieferung von klassifizierter Nachtsichtausrüstung für Zielferngläser genannt.

Im Normalfall ist die Lieferung sogenannter klassifizierter Technologie auf die Unterzeichnerstaaten des "Abkommens zur allgemeinen Sicherung militärischer Informationen" beschränkt. Die einseitige Verteidigungsrichtung dieses Abkommens ließ aber für die Inder einen Beitritt nicht zu. Überraschend sprangen daraufhin höchste Stellen in Washington in die Bresche und formulierten einen allein auf diese spezielle Technologie gemünzten amerikanisch-indischen Vertrag.

Drei Umstände

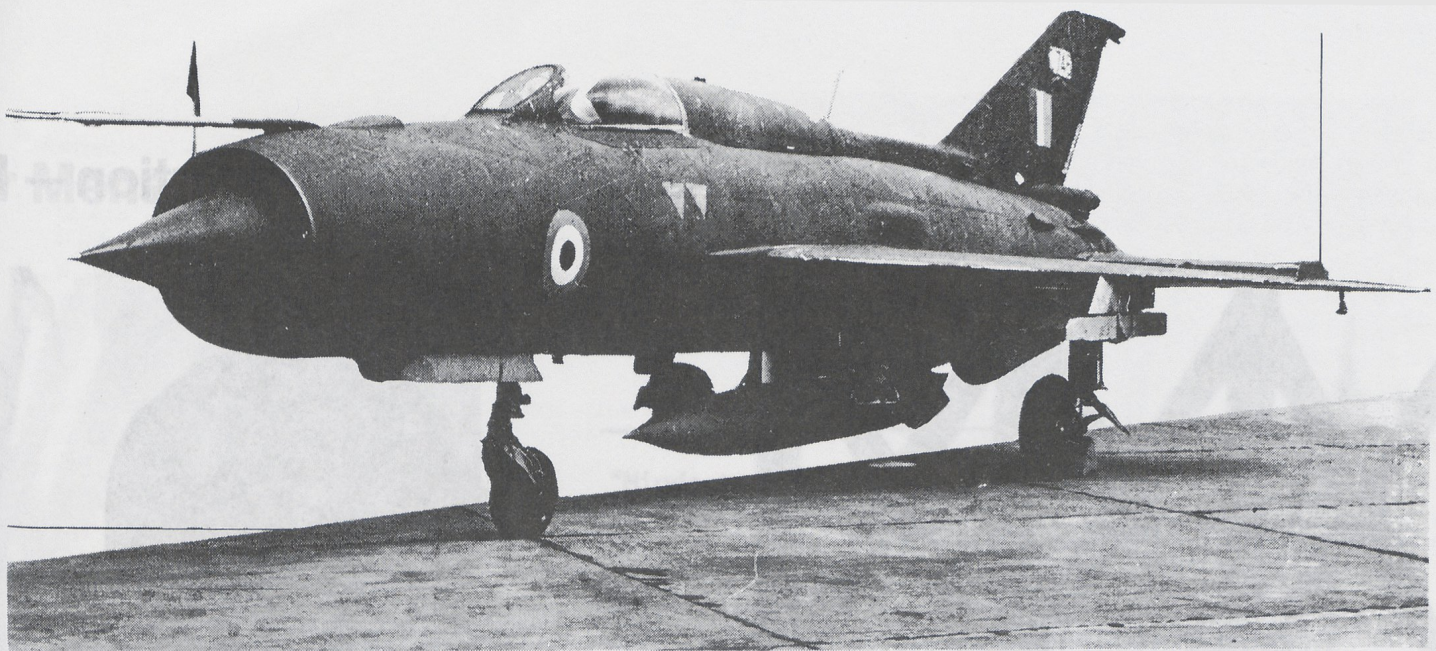
Demnach lassen sich abschließend drei verschiedene Umstände als erschwerend für die indisch-amerikanische Rüstungszusammenarbeit anführen. Zum einen New Delhis konsequente Politik der Neutralität, verbunden mit der Weigerung, Militärbündnissen jeglicher Art beizutreten und/oder eine globale Bedrohung durch die kommunistischen Staaten anzuerkennen; desweiteren Pakistans Einwand einer möglicherweise negativen Beeinflussung der eigenen Sicherheitsbelange durch eine amerikanische Waffenhilfe für Indien. Washington erkennt diesen Einwand durchaus an. Schließlich sind noch die politischen, finanziellen und technologischen Bedingungen der Amerikaner beim Verkauf von Waffen und beim Transfer von Rüstungstechnologie zu nennen. Ferner muß die Frage gestellt werden, inwieweit die Inder amerikanische Technologie überhaupt verarbeiten können.

Darüber hinaus ist das Problem der Sicherung gegen einen Informations- und Materialfluß an die politischen Gegner der USA zu nennen. Hinzu kommt, daß auch über die allgemeinen wirtschaftlichen Vorteile, die ja die militärische Koproduktion bringen soll, sicherlich noch geredet werden muß.

Zu diesen Fragen ergibt sich folgendes Bild:

- Indien ist durch seine zum Teil hochentwickelte Infrastruktur auf den Gebieten Wirtschaft, Technologie und Management durchaus in der Lage, fortschrittliche Waffensysteme mit geringfügiger externer Hilfe im eigenen Land herzustellen.
- Eine Weitergabe von Waffen an potentielle Gegner der USA scheint ausgeschlossen. New Delhi wird an den amerikanischen Bestimmungen ebenso penibel festhalten, wie - im Falle der Weigerung, in Indien hergestellte MIG-21 Ersatzteile nach Ägypten zu liefern - an den sowjetischen. Selbstverständlich muß der Export in Indien hergestellter US-Waffen in jedem Fall daraufhin überprüft werden, ob und inwieweit er zur Sicherheit der Vereinigten Staaten und zur Erleichterung der Wirtschaftslast Indiens beiträgt.
- Amerikanische Waffenrückkäufe werden der Rüstungsindustrie die Tür zur Niedriglohnproduktion in Indien öffnen und tragen zudem zu einer Einschränkung des Devisenabflusses aus Indien bei.

Es sollte noch einmal festgehalten werden, daß die Grundlage indisch-amerikanischer Sicherheitsbindungen in hohem Maße auf einem Anwachsen der allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen fußt. Auf diese Weise entsteht ein Nährboden für gemeinsame Sicherheitsinteressen in der Region. Dennoch, es wäre ein grundloser Euphemismus, sähe man den Aufbau einer militärischen Partnerschaft frei von jeglichen Hürden. Ein Wendepunkt ist sicherlich mit der Unterzeichnung des Verständigungsabkommens (MOU) eingetreten. Beide Seiten sind daran interessiert, bereits Begonnenes weiter auszubauen. Dessen ungeachtet gibt es nach wie vor Unstimmigkeiten in der amerikanischen Linie, so zum Beispiel



zwischen der bereits zitierten Richtlinie 147 zur Unterstützung Indiens und einer weiteren Entscheidungsdirektive 99, die eine Verteidigungshilfe für Pakistan auf breiter Ebene impliziert. Insbesondere die indische Regierung unter Rajiv Gandhi wird angesichts solch gegensätzlicher Grundzüge der amerikanischen Politik auch auf längere Sicht mit Legitimationsschwierigkeiten gegenüber der eigenen Bevölkerung zu rechnen haben. Wenig Fingerspitzengefühl bewies die Reagan-Administration im Jahre 1981 mit ihrer scharfen Kritik an der Weigerung Indiens, Einspruch gegen die sowjetische Besetzung Afghanistans zu erheben. Auch wenn später mit der Entscheidung für eine Unterstützung indischer Selbständigkeit auf dem Gebiet der Waffenproduktion dem Wunsch nach einem strategisch einflußreichen Partner in der Region Vorrang eingeräumt wurde, so steht Moskau den Indern beim gemeinsamen Bau hochentwickelter Rüstungsgüter doch nach wie vor wesentlich näher. So war denn auch der Umschwung in der amerikanischen Haltung darauf ausgerichtet, das indische Vertrauen in die amerikanische Zuverlässigkeit zu stärken und gleichzeitig dem sowjetischen

Einfluß auf die strategischen Bemühungen New Delhis das Wasser abzugraben. Doch auch diese Taktik führte nicht dazu, daß sich die Angst Indiens vor einer Bevorzugung Pakistans seitens der USA verringerte.

Wohl auch um die durch die Verweigerung von TOW-Panzerabwehrraketen hervorgerufenen Verstimmung wieder auszuräumen, gibt es nun doch ein 'Ja' der Amerikaner zur Lieferung von F-404 Triebwerken und Großrechnern. Demgegenüber steht aber nach wie vor die Sorge Washingtons, die indischen Militärs könnten die Software zu nuklearen Forschungszwecken einsetzen. Bis dato stehen diese Erwägungen einem Geschäftsabschluß im Wege. Auch hier zeigt sich: Die Vereinigten Staaten sehen einer Vormachtstellung Indiens im südasiatischen Raum nicht ohne Besorgnis entgegen; eine Annahme, die durch die Fortführung der Unterstützung Pakistans mit amerikanischer Technologie und Ausrüstung, wie die letzten Wochen gezeigt haben, noch verstärkt wird.

Gursharan Singh Dhanjal

(Übersetzung: Christoph Thees)

fesch forum eltern und schule



gemeinnütziger e.V.

TAGUNGSORT: Ev. Jugendakademie
Telegrafenstr. 60-68
D-5608 Radevormwald

TAGUNGSLEITUNG: Claus Euler / N.N.

TAGUNGSBEITRAG: DM 120,- (einschliesslich
Unterkunft und Verpflegung)

ANMELDUNG: schriftlich an:
FORUM ELTERN UND SCHULE
Huckarder Str. 12
D-4600 Dortmund 1
Tel.: 0231 / 14 80 11

TOURISMUS UND ÖKOLOGISCHE ZERSTÖRUNG

Kritik und Perspektiven

Wochenendtagung vom 8. bis 10. September 1989 in Radevormwald

- * Abenteuer-tourismus und Ökologie (Claus Euler)
- * Reise-philosophie von IKARUS TOURS (Dr. Horst Kittki)
- * Sozialökonomische Ansätze in der Tourismusforschung
am Beispiel einer Studie über den Bayerischen Wald
(Gerhard Ongyerth, München)
- * Kann sanfter Tourismus die ökologische Zerstörung
mildern? (Ludmilla Tüting, Berlin)
- * ferner ist ein(e) Vertreter(in) des
DEUTSCHEN REISEBÖROVERBANDES eingeladen

Veranstalter: FORUM ELTERN UND SCHULE, Dortmund & Institut für Ökologie und angewandte Ethnologie, Mönchengladbach